

Rede Bernd Lynack, MdL zu der von der FDP-Fraktion beantragten Abschaffung der Jagdsteuer

5. Tagungsabschnitt des niedersächsischen Landtages.
Sitzung am 19.06.2013.

Frau Präsidentin,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

der vorliegende Antrag ist aus Sicht der FDP nur konsequent! Als selbsterklärte Steuersenkungspartei muss nach und nach jede Steuer und jede Abgabe auf den Prüfstand. Die Hoteliers waren nur der Anfang. Jetzt sind die Jägerinnen und Jäger an der Reihe – denn auch auf ihre Stimmen wird es spätestens zur Bundestagswahl am 22. September ankommen. Allgemeine Leihstimmen sind nach den Erfahrungen aus Niedersachsen ja wohl nicht zu erwarten.

Im Ernst und in aller Kürze vorweg: Die Jagdsteuer ist die einzige Steuer, die Landkreise in Niedersachsen erheben dürfen. Auch wenn sie die Einnahmeverluste durch einen Wegfall der Jagdsteuer für die Landkreise und kreisfreien Städte unterhalb der „Erheblichkeitsschwelle“ sehen, können wir ihrem Ansinnen auf keinen Fall zustimmen. Im Gegenteil: Ich finde es – gelinde gesagt – unseren Kommunen gegenüber überheblich, von einer

Unterschreitung der „Erheblichkeitsschwelle“ zu sprechen. Sie müssten schließlich genau wie wir alle in diesem Haus wissen, dass die überwiegende Mehrzahl der Kommunen in unserem Land eine Bugwelle von aufgelaufenen Defiziten vor sich her schiebt. Klar, gemessen an den Gesamteinnahmen, stellt die Jagdsteuer nur einen Bruchteil dar. Die Einen mögen es Peanuts nennen. Ich sage: „*Kleinvieh macht auch Mist*“.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass die Landkreise und kreisfreien Städte aus den Einnahmen der Jagdsteuer einen Beitrag für Jagd- und Naturschutzprojekte leisten. Da diese Projekte aus Ihrer Sicht jedoch sicherlich auch unter der „Erheblichkeitsschwelle“ liegen, sind sie ihres Erachtens wohl auch entbehrlich.

Frau Präsidentin,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich frage mich, weshalb sie diesen Antrag nicht schon in der vergangenen Legislaturperiode gestellt haben. Da waren Sie – meine Damen und Herren von der FDP – Teil der Regierungsfraktionen und hätten ihr Anliegen ohne großes Fehlerlesen durchsetzen können. Oder kann es sein, dass dieses

Anliegen auch vor dem 20. Januar nicht mehrheitsfähig war? Als erster Testlauf für ihr Anliegen könnte die Anfrage der Abgeordneten Dr. Philipp Rösler, Jörg Bode und Jan-Christoph Oetjen vom 21. März 2007 zur „*Entbürokratisierung im Jagdrecht*“ gelten. Können sie sich erinnern? Seinerzeit haben sie die alte Landesregierung u. a. gefragt, ob das Einsparpotential aus der Übertragung weiterer hoheitlicher Aufgaben auf die Landesjägerschaft ausreichen kann, die als von ihnen unzeitgemäß empfundene Jagdsteuer abzuschaffen.

Frau Präsidentin,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

schon damals hat ihnen die Landesregierung ins Stammbuch geschrieben, dass unsere niedersächsischen Landkreise und kreisfreien Städte auf ein Jagdsteueraufkommen von rd. 3,7 Mio. Euro jährlich, nicht verzichten können. Auch eine mögliche Kosteneinsparung durch Aufgabenübertragungen an die Landesjägerschaft würde – so die Antwort ihres ehemaligen Landwirtschaftsministers, Herrn Ehlen – keinesfalls für einen Verzicht der Jagdsteuer als Einnahme der Landkreise und kreisfreien Städte ausreichen. Mit dieser Antwort hat der frühere Landwirtschaftsminister schon damals ihr Ansinnen, die

Kommunen zu Lasten einer erkennbaren Klientelpolitik in finanzieller Hinsicht zu schwächen, entschieden zurückgewiesen. Deshalb verwundert es mich umso mehr, dass sie zur Begründung ihres jetzt vorgelegten Antrages keine neuen Erkenntnisse genannt haben. Es mag aber auch sein, dass diese Erkenntnisse unterhalb der „Erheblichkeitsschwelle“ liegen und deshalb nicht explizit in ihrem Antrag aufgeführt worden sind.

Frau Präsidentin,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

bei genauerer Betrachtung ihres Antrages verwundert mich ein weiterer Punkt: Als Teil der ehemaligen Landesregierung haben sie ein Programm zur Entschuldung der Kommunen aufgelegt. Durch den Abschluss von Zukunftsverträgen, haben überschuldeten Kommunen finanzielle Hilfen bekommen. Über Jahre aufgelaufene Kassenkredite wurden durch einen von Land und Kommunen aufgelegten Hilfsfonds zum Teil erlassen, damit sie auf Sicht wieder Luft zum Atmen haben. Jetzt – kaum vier Monate in der Opposition, wollen sie allen Landkreisen und kreisfreien Städten eine fest eingeplante Einnahmequelle wegnehmen. Es tut mir leid. Das ist mir zu hoch und entzieht sich meines Erachtens jeglicher Logik. Vielleicht habe ich aber auch –

trotz mehrfachen Lesens Ihres Antrages – einfach nur den Deckungsvorschlag zu Gunsten der Kreise und kreisfreien Städte übersehen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP,

es mag ja sein, dass sie mit ihrem Antrag auch durchaus positives für unsere Kommunen im Schilde führen. Immerhin könnte es Kreise geben, in denen der Verwaltungsaufwand zur Erhebung der Jagdsteuer, über denen der zu erwartenden Einnahmen liegt. Da wäre ich ganz bei Ihnen, auf die Erhebung der Jagdsteuer tatsächlich zu verzichten. Dazu brauchen wir aber nicht gleich das Kommunalabgabengesetz zu ändern, denn nach § 3 Abs. 2 dieses Gesetzes können die Landkreise und kreisfreien Städte selbst entscheiden, ob eine Jagdsteuer erhoben werden soll, oder nicht. Ich rate ihnen in diesem Fall mal ihre kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger vor Ort zu befragen. Die wüssten im Einzelfall sofort, ob sie auf die Jagdsteuer verzichten können oder nicht.

Frau Präsidentin,

verehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich kann keine neuen Gründe zur Abschaffung der Jagdsteuer erkennen. Wie schon die alte Landesregierung – bin auch ich der Meinung, dass unsere Kommunen auf diese Einnahmen nicht verzichten können. Darüber hinaus ist es ihnen sogar selbst überlassen, die Jagdsteuer zu erheben, bzw. davon abzusehen. Ich freue mich auf die Ausschussberatungen. Vielleicht folgen dann ja Argumente, die ich heute hier nicht erkennen kann.

Meine Damen und Herren von der FDP,

konsequenter Weise sollten sie auch noch eine Antrag auf Abschaffung der Hundesteuer stellen, damit spitzfindige Kämmerinnen und Kämmerer nicht auf die Idee kommen, Jägerinnen und Jäger über eine verdeckte Jagdhundesteuer über Gebühr zu belasten.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit!